

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/58

Bonn, den 25. März 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seiten: Zeilen:

1 - 1a Koalitionsfragen sind kein Dogma 63

Notwendige Feststellungen zu einem vieldiskutierten Thema

2 Ohne Sensationen 40

Von der Fragestunde zum Untersuchungsausschuss
Von Wolfgang Jansen

3 - 4 Frankreich streikt weiter 73

Die große Sozialkrise der fünften Republik
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

5 - 6 Flucht in die Pille 49

Volksgesundheit eine politische Gemeinschaftsaufgabe

6 Leidgeprüftes Leben 22

Zum Tode von Marie Seliger

Chefredakteur Günter Markscheffel

Koalitionsfragen sind kein Dogma

Notwendige Feststellungen zu einem vieldiskutierten Thema

*"Es gibt für die deutschen Sozialdemokraten kein Dogma der
*Regierungsbildung mit einer der beiden anderen Parteien.
*Es gibt in der SPD keine Flügel, von denen der eine auf
*dieses, jener auf ein anderes Koalitionssystem festgelegt
*wäre. Fragen der Koalition sind Fragen der Zweckmäßigkeit
*und des politisch Möglichen.

*Die Partei muß für verschiedene Möglichkeiten von Regie-
*rungsbildungen koalitionsfähig sein und bleiben. Es ist
*eine Sache des natürlichen Schwergewichts im politischen
*Leben Deutschlands, daß dem Verhältnis der beiden großen
*Parteien eine besondere Bedeutung zukommt. Dieses Ver-
*hältnis darf nicht den Charakter eines "Entweder - Oder"
*annehmen, es darf nicht zwischen Blutrache und Blutsbru-
*derschaft pendeln. Die Alternative zwischen Koalition oder
*Feindschaft schadet der Demokratie und unserem Volk. Das
*Verhältnis zwischen SPD und CDU muß systematisch so wei-
*ter entwickelt werden, daß die eine der großen Parteien
*die andere ablösen kann in der Regierung, daß aber keiner
*von ihnen die Möglichkeit breiten Zusammenwirkens ver-
*sperrt wird."

Willy Brandt vor der gemein-
samen Sitzung von Parteivorstand und
Parteirat und Kontrollkommission der
SPD am 22. März 1963 in Berlin.

* * *

sp - Seit Wochen rätseln zahlreiche Publizisten in der Bundes-
republik, aber auch im Ausland darüber, ob es in der SPD einen "Flü-
gel" gibt, der eine Koalition mit der CDU/CSU oder einen anderen
"Flügel", der die Koalition mit der FDP anstrebt. Diese "Flügel-Theo-
rie" wird auch gelegentlich auf die Person eines möglichen Kanzler-
nachfolgers angewandt, wobei man - je nach Standort - der SPD freund-
licherweise empfiehlt, dieser oder jener Person den Vorzug zu geben.

Eine solche Diskussion mag interessant erscheinen und diejenigen,
die sie entfachen, mögen sich dabei sogar interessant verkommen. Es
hiesse aber, das Wesen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

25. März 1963

völlig verkennen, wollte man annehmen, daß sich deren politische Strategie in einem Puzzlespiel um Regierungskoalitionen erschöpft.

Willy Brandt hat zu diesem Thema in Berlin ein entscheidendes Wort gesagt. Für die Sozialdemokratie gibt es tatsächlich kein Dogma der Regierungsbildung mit einer anderen Partei in der Bundesrepublik, solange sich diese zum Grundgesetz bekennt und danach handelt.

- * Wesentlich für alle Überlegungen einer möglichen Regierungsbildung unter Führung der SPD oder mit deren Beteiligung ist ein mit dem Koalitionspartner v o r allen Entscheidungen zu erarbeitendes Regierungsprogramm.

Das ist immer so gewesen und wird immer so sein, denn die SPD baut ihre Politik nicht auf einem spektakulären Tageserfolg auf, sondern auf die grundsätzliche Überlegung, w a s und w i e etwas zum Wohle des Volkes besser gemacht werden kann und muß.

Hieraus ergibt sich, daß die Bildung einer Koalitionsregierung keine Opportunitätsfrage ist; auch nicht das Resultat von Überlegungen, die ausschließlich im Personellen liegen.

Ob in der Regierung oder in der Opposition - es wird auch trotz einer Koalitionsregierung weite Bereiche der Politik geben, in denen man unterschiedlicher Auffassung sein kann. Umgekehrt stellen sich fast allen demokratischen Parteien täglich Probleme, die gemeinsam erörtert und gemeinsam gelöst werden müssen. Das trifft besonders auf den Bereich der Außenpolitik zu, in dem es meist um die richtige Weichenstellung einer zukünftigen Politik geht. Hierbei wird es notwendig sein, daß die demokratischen Parteien untereinander kein "Feindverhältnis" entstehen lassen, was keineswegs besagt, daß sie in Sachfragen mit der notwendigen Härte und Profilierung den ihnen richtig erscheinenden Standpunkt vertreten.

Diese Auffassungen sind Allgemeingut in der sozialdemokratischen Partei. Sie ergeben sich aus ihrer Tradition, aber auch in der Verfolgung praktischer politischer Tagesziele. Wer den Blick auf die Gemeinden und Länder der Bundesrepublik wirft, wird unschwer feststellen können, daß sich die SPD auch dort so verhält, wie es Willy Brandt in Berlin gesagt hat.

Ohne Sensationen

Von Wolfgang Jansen

Der CDU/CSU ist es vergangene Woche im Verteidigungsausschuß nicht besser ergangen als in der Fragestunde des Bundestages in der Woche zuvor. Die "Sensation" blieb aus.

Was Bundesanwalt Dr. Kuhn aussagte, deckt sich haargenau mit den öffentlichen Erklärungen, die die Abgeordneten Merten und Jahn abgegeben haben. Sogar die mit Fleiß kultivierte Legende, die beiden Abgeordneten "hätten" monatelang mit der Wahrheit hinter dem Berge gehalten, fiel in sich zusammen. Bundesanwalt Dr. Kuhn bestätigte, daß sich beide Abgeordnete sehr korrekt und in angemessener Zeit geäußert hätten. Sie haben damit, so dürfen wir hinzufügen, eine verantwortungsbewusstere Haltung eingenommen als der frühere Bundesverteidigungsminister und immer noch im Amt befindliche CSU-Parteivorsitzende Franz Josef Strauss, der dem Parlament über seine Rolle in der "Spiegel"-Affäre **b e w u ß t** nicht die Wahrheit gesagt hat.

Mit welcher Verzweiflung die CDU/CSU versucht, aus dieser Affäre noch Wahlkampf-König für Rheinland-Pfalz zu saugen, beweist die Frage, ob versucht worden ist, der Gerechtigkeit in den Arm zu fallen. Die Frage war bereits in der Fragestunde von Justizminister Dr. Bacher, mit einem klaren NEIN beantwortet worden. Es war also nicht zu erwarten, daß der Bundesanwalt etwas anderes aussagen würde - was auch nicht geschehen ist. Einziger "Erfolg" der Frage war, daß für ein paar kurze Nachmittagsstunden eine in Frageform gekleidete und bereits widerlegte Verdächtigung im Raum stand, bevor sie erneut zurückgewiesen wurde.

In einem anderen Punkt versuchte die CDU/CSU die Öffentlichkeit mit einer Halbwahrheit irre zu führen. Sie behauptete, die Bundesanwaltschaft habe wegen des Nörvenich-Protokolls keinen Verdacht gegen Bundeshausangestellte. Unausgesprochen blieb der erste Teil der Auskunft, daß nämlich in dieser Richtung bisher kaum ermittelt worden sei.

Das einzige Ergebnis der ganzen Aktion ist bisher, daß auch die Beweisnehmer der SPD zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht werden. Da das Verhalten des Abgeordneten Gerhard Jahn nur im Zusammenhang mit der "Affäre Barth" gesehen werden kann, forderte die SPD eine erneute Untersuchung dieser für die CDU/CSU-Fraktion und ihren stellvertretenden Vorsitzenden Franz Josef Strauss höchst unrühmliche Angelegenheit. Sensationen wird es auch dabei nicht geben, aber die Erinnerung an den Fall Barth wird für die CDU/CSU auch keine reine Freude sein.

Angesichts dieser Sachlage ist es kaum noch zu verstehen, warum Kreise der CDU/CSU-Fraktion so begierig auf die öffentliche Verhandlung des Untersuchungsausschusses sind, obwohl dies nach Auffassung von Experten aus allen Fraktionen rechtlich nicht zulässig ist. Auch in der CDU/CSU sollte man sich klar machen, daß auf diese Weise kein Propagandagewinn zu erzielen ist.

Frankreich streikt weiter

Die große Sozialkrise der fünften Republik
Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Schlacht zwischen der französischen Regierung und den Gewerkschaften erreicht in dieser vierten Streikwoche bedenkliche Ausmaße und Formen.

Regierung in der Defensive

Die Regierung ist seit vier Wochen in der Defensive. Der Sinn dieses zeitweisen Rückzuges ist allerdings nicht ganz klar. Will die Regierung Zeit gewinnen, um die Widerstandskraft der Gewerkschaften letzten Endes zu brechen - wie sie vorher die Kraft der politischen Parteien gebrochen hat - oder will sie nur ihr "Gesicht wahren" und ihren Rückzug decken? Beide Möglichkeiten und Tendenzen bestehen, und zeigen sich jeweils in der verschiedenen Phase der gegenwärtigen Kraftprobe.

Verunglückte "Zwangsmobilmachung"

Es begann bekanntlich mit einer sogenannten Zwangsmobilmachung, die von allen Bergarbeitern ignoriert und auch von der Regierung nicht mehr erwähnt wird. Man könnte daraus schließen, daß die Regierung ihren ersten taktischen Fehler eingesehen hat und nicht mehr darauf zurückkommen will. Andererseits ist das Dekret nun einmal im Amtsblatt erschienen und nicht zurückgezogen worden, könnte also eines Tages wieder hervorgeholt werden. Die arbeits- und strafrechtliche Situation bleibt zweideutig. Die Regierung wurde durch den Massenstreik zum Einlenken gezwungen, sie hat aber die wesentlichen Forderungen nicht erfüllt. Man hörte dann in doktorhaften Belehrungen des Premierministers und erfuhr in der zweiten Streikwoche die Schaffung einer Studienkommission von "Weisen" zur Feststellung von Lohnindizes, die jedem Statistiker längst bekannt sein sollten.

Streit um Prozente

Die Berge kreißen und am vierten Streiksonntag wurde ein Mäuslein geboren. Statt fünf Prozent bietet die Regierung acht Prozent. Sie gibt also indirekt zu, daß ihre vorherigen Vorschläge den Tatsachen nicht Rechnung trugen, entwertet dieses Zugeständnis aber sofort durch Abzüge und Ratenzahlungen, die das ganze Jahr dauern sollen. Andere wichtige Forderungen bezüglich der Arbeitszeit und der bezahlten Urlaubswochen sollen erst "nach Wiederaufnahme der Arbeit" zur Diskussion kommen.

Gewerkschaften in der Offensive

Resultat: Die Pariser Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Grubendirektoren (hinter welchen die Regierung steht) sind

bis auf weiteres abgebrochen. Die Vertretungen aller Gewerkschaften wissen, daß sie den Bergarbeitern nach vier Wochen Streik keine "Alrosen" vorsetzen können. Sie stoßen vor unter dem Druck der allgemeinen öffentlichen Meinung. Die christlichen Gewerkschaften stehen nach wie vor in der vordersten Reihe. Sie haben die Unterstützung der ganzen katholischen Öffentlichkeit, insbesondere aller Bischöfe und Kardinäle Frankreichs. Die sozialistisch orientierte Gewerkschaft FO spielt insbesondere in Nordfrankreich eine hervorragende Rolle. Die kommunistische CGT schließlich ist gleichfalls gezwungen der allgemeinen Stimmung Rechnung zu tragen.

Im allgemeinen zeigen sich die Gewerkschaftsführungen trotzdem vorsichtig, denn sie wollen den Streik nicht "politisieren". Sie stehen aber unter hartem Druck der Mitgliedschaft und auch der gewerkschaftlich Unorganisierten, die diesmal besondere Aktivität zeigen. Aus den Kohlenrevieren steigt immer deutlicher der Ruf nach Generalstreik und nach einem Marsch auf Paris. Die Gewerkschaftsführungen versuchen, diesen Strom einzudämmen, weil sie eine politische Kraftprobe mit dem Regime vermeiden wollen.

Die taktischen Fehler des Regimes

Das Regime zeigt sich demgegenüber anscheinend recht unbesorgt. Anders könnte man die Serie von taktischen Fehlern nicht verstehen. Die verfehlte Zwangsmobilmachung hat zur Wucht des Streiks entscheidend beigetragen. Die Kommission Marseille sollte dann durch eine Untersuchung aller Staatsangestelltenlöhne die Bergarbeiterforderungen in einem Meer von Ziffern ertränken. Das Resultat ist genau entgegengesetzt: Die Bergarbeiter halten ihre Forderungen aufrecht und die anderen Staatsarbeiter setzen sich gleichfalls in Bewegung. Die Regierung muß sich nunmehr mit den Eisenbahnern, den Elektrizitäts- und Gasarbeitern, den Post- und Telegrafentelegraphenbeamten sowie überhaupt allen Schlüsselindustrien auseinandersetzen. Ein weiterer Fehler besteht nun in dem kleinlichen Verhalten, daß diese zum Abbruch der Verhandlungen führte.

Wer nicht hören will...

Man hat den Eindruck, daß die Regierung auch in dieser vierten Streikwoche die tatsächlichen Zustände und die Stimmung in den Kohlenrevieren unterschätzt und sich diesmal auch die öffentliche Meinung der Franzosen nicht im klaren ist.

Dabei haben eine Reihe von gaullistischen Abgeordneten der Bergarbeitergebiete deutlich zu verstehen gegeben, was dort auf dem Spiele steht. Führende Männer der gaullistischen UKR dürften es längst begriffen haben. Aber werden sie gehört werden? Offensichtlich ebenso wenig wie die warnenden Stimmen der Wirtschaft und der demokratischen Opposition nach Einberufung des Parlaments.

Der gegenwärtige Streik hätte mit etwas Sachkenntnis und Vorsicht vermieden werden können. Nun kann das Feuer mit halben Zugeständnissen nicht mehr gelöscht werden.

Flucht in die Pille

Volksgesundheit eine politische Gemeinschaftsaufgabe

b.b. - Es ist gewiß kein Zufall, daß gegenwärtig in der Bundesrepublik gleich zwei angesehenere, auflagenstarke Wochenblätter die "Pille" zum Gegenstand von Enthüllungsserien machen. Denn was bisher vorwiegend Medizinerkongresse und Expertenkreise bewegte, ergreift mehr und mehr Besitz vom Denken des "Mannes auf der Straße": das Unbehagen an unserer Heilkunst.

Die Schlußfolgerungen, zu welchen die Verfasser jener Untersuchungen kommen, sind in der Tat alarmierend: die Schmerztablette, erfunden, um zu lindern und zu helfen, wird heute so schranken- und bedenkenlos geschluckt, daß sie häufig jene Übel, die sie bekämpfen soll, erst hervorruft. Die Ursache für diesen Mißbrauch von Analgetika ist einmal darin zu sehen, daß solche rezeptfreien Präparate nach dem Prinzip des freien Wettbewerbs mit allen Mitteln moderner Werbekunst auf dem Markt angesprochen werden. Daß diese Werbung aber solchen Erfolg hat, liegt an dem einzelnen Menschen, der sich aus den verschiedensten physischen und psychischen Schwierigkeiten in die Pille flüchtet. Beinahe kann man sagen, daß zu den drei wichtigsten modernen Volkskrankheiten - Krebs, Herzinfarkt, Kreislaufstörungen - mehr und mehr eine vierte hinzutritt: die Pillenkrankheit.

Nicht nur bei uns ist der Medikamentenmißbrauch zu einer Bedrohung der Volksgesundheit geworden. Die Forderung nach einer Revision und Straffung der Gesetzesbestimmungen für Lebensmittel, Arzneimittel und Kosmetika ist auch in der "Gesundheitsbotschaft" enthalten, die Präsident Kennedy kürzlich dem amerikanischen Kongreß vorlegte. Mit dieser Sonderbotschaft unterbreitete der Präsident Vorschläge zur Verbesserung des amerikanischen Gesundheitswesens und zur Stärkung der Gesundheit der amerikanischen Nation.

Wenn man weiß, welches Gewicht in den Vereinigten Staaten einer Sonderbotschaft des Präsidenten zukommt, zudem einer Botschaft, welche im Lande eines ausgeprägten Liberalismus und Individualismus nach verstärkten staatlichen Maßnahmen auf dem Gesundheitssektor ruft, wird man auf die Dringlichkeit dieser Maßnahmen schließen können. Unter anderem empfahl der Präsident zur Behebung des Mangels an Ärzten und Pflegeper-

sional Bundeszuschüsse für den Bau und die Unterhaltung von Ausbildungsstätten und für die Studienförderung der Medizin- und Zahnmedizinstudenten; er forderte eine Erhöhung der für Pflegeheime und Kliniken zur Verfügung gestellten Mittel von jährlich 20 Millionen auf 50 Millionen Dollar und sprach sich für Gesetzesmaßnahmen aus, die den Neubau und die Modernisierung von Krankenhäusern ermöglichen. Über die praktischen Implikationen dieser Pläne Kennedys mögen die Experten urteilen. Hier soll nur dies festgestellt werden: Auch in Amerika kann man nicht umhin, die Volksgesundheit als eine politische Aufgabe zu sehen.

Als politische Aufgabe wird sie in vielen Ländern noch allzu sehr vernachlässigt, dazu gehört auch die Bundesrepublik. Man kann nicht oft genug darauf aufmerksam machen, daß es nicht genügt, wenn, wie vor einiger Zeit durch die Presse ging, eine Geschäftsfrau ihr Vermögen von mehr als einer Million einem Krebsforschungsinstitut vermachte. Die Bekämpfung und Eindämmung der Volkskrankheiten ist eine Aufgabe, die auf Initiative der Parteien und des Staates vom ganzen Volk mit vereinten Kräften angepackt werden muß. Die Sozialdemokratie, seit langem um die Lösung dieser Probleme bemüht, wird in der nächsten Zeit mit verstärkter Energie auf diesem Gebiete wirken.

+ + +

Leidgeprüftes Leben

Zum Tode von Marie Seliger

Sie war eine einfache Frau, stammte aus ärmlichen Verhältnissen und doch besaß sie eine innerliche Größe, deren Ausstrahlungskraft alle in Bann schlug, die sie kannten - Marie Seliger, die Frau und Kampfgefährtin eines Mannes, der in den schweren Jahren nach 1918 den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen führte. Sein Andenken lebt in den Herzen Hunderttausender Vertriebener weiter, Marie Seliger hat seinen Tod um 42 Jahre überlebt, sie starb am 22. März als hochbetagte Frau in Frankfurt, geehrt und geliebt von ihren, das Los der Vertreibung leidenden Landsleuten. Fast ein Kind noch, mußte sie als Textilarbeiterin ihren Lebensunterhalt verdienen, typisches Los vieler Frauen sozialdemokratischer Führungspersönlichkeiten um die Wende dieses Jahrhunderts. Schwere Schicksalsschläge haben Marie Seliger getroffen, ohne daß sie daran zerbrach. In frühen Jahren verlor sie ihren Mann, als Greisin mußte sie erleben, wie man ihren Schwiegersohn, Emil Strauss, hochverehrter Historiker der sudetendeutschen Sozialdemokratie, in die Gaskammern von Auschwitz schickte. - Das gastfreundliche Schweden nahm sie zu Beginn der Vertreibung nach dem Zusammenbruch auf. Seit dreizehn Jahren lebte sie in Frankfurt, ohne daß es ihr vergönnt war, die Grabstätte ihres Mannes zu besuchen - wiederum ein Schicksal, das sie mit Hunderttausenden teilte. Für die Mitglieder der Seliger-Gemeinde bleibt diese Frau unvergessen.

+ + +